



Sehr geehrte Damen und Herren,

das Jahr 2009 war für unsere Heimat und für Deutschland eine große Herausforderung.

Den Kollaps des Weltfinanzsystems konnte die internationale Staatengemeinschaft verhindern. Nach der Bankenrettung versuchte die Regierung das Übergreifen auf die deutsche Realwirtschaft zu beherrschen. Das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland schrumpfte dennoch um 5 Prozent. Einen solchen Rückgang hatte es seit dem Ende des II. Weltkrieges nie gegeben. Der deutsche Aktienindex Dax fiel bis März um fast 50 Prozent verglichen mit dem Stand zum Jahresanfang. Die Signale stehen nun aber vorsichtig auf Erholung, nicht zuletzt ob der getroffenen politischen Entscheidungen.

Ein wahres Superwahljahr liegt hinter uns: Stadt- und Gemeinderats-, Europa-, Landtags- und Bundestagswahlen. Die Union konnte dabei in unserer Heimat tolle Ergebnisse erzielen. Wir werden das Vertrauen nicht enttäuschen. Die weitere Steigerung auf nun 41,2 Prozent der Erststimmen im Wahlkreis sind für mich Bestätigung und Ansporn gleichermaßen.

In der neuen Legislatur haben mich die Mitglieder der Arbeitsgruppe Kultur und Medien der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu ihrem Obmann gewählt. Ich freue mich über diesen neuen Schwerpunkt meiner Arbeit. Neben meinen bisherigen ordentlichen Ausschussmitgliedschaften im Rechtsausschuss und im Ausschuss für Kultur und Medien bin ich zudem nun auch ordentliches Mitglied im Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung, auch 1. Ausschuss genannt ob der besonderen Stellung im Parlament für die Innenorganisation. Neben meine stellvertretende Mitgliedschaft im Ausschuss für Familie, Frauen, Senioren und Jugend sowie im Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung tritt neu eine solche im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union. Zudem haben mich die achtzehn Unionsabgeordneten unter 35 Jahren als ihren Vorsitzenden wiedergewählt. Damit bin ich als Vorsitzender der Jungen Gruppe weiterhin Mitglied im Fraktionsvorstand.

Privat freuen meine Frau und ich uns über unsere im Oktober 2009 geborene dritte Tochter. Unsere „kleine Familie“ ist nun inzwischen doch ganz schön groß geworden. Ich weiß so aus allererster Hand um die Herausforderungen, denen junge Familien sich in unserem Land heute gegenüber sehen. Und wir wissen, wie viel Freude Kinder ins Leben bringen und sind dankbar dafür.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien eine gesegnete Adventszeit, ein besinnliches Weihnachtsfest und alles Gute für ein gesundes, friedvolles neues Jahr. Ich bin zuversichtlich, dass wir auch 2010 mit frischer Kraft und guten Ideen vorankommen.

Mit besten Grüßen und herzlichem Glück auf!

Ihr



Unser Erzgebirge wird in diesen Wochen wie jedes Jahr zum Weihnachtsland. Die Bergparade in Stollberg am zweiten Adventswochenende besuchte Marco Wanderwitz gemeinsam mit dem Sächsischen Staatsminister der Finanzen Prof. Georg Umland und MdL Uta Windisch.





Inhalt dieser Ausgabe:

- >>> „**Klimagipfel Kopenhagen ist erster entscheidender Schritt**“
- >>> „**Wachstumsbeschleunigungsgesetz auf dem Weg**“
- >>> „**Sonntagsschutz um der Menschen Willen**“
- >>> „**Hilfe für unsere Landwirtschaft**“
- >>> „**verlässlicher Partner bei den Kosten der Unterkunft**“
- >>> „**Arbeitnehmerdatenschutz bekommt sicheren Rechtsrahmen**“
- >>> „**EU-Spielzeugrichtlinie muss nachgebessert werden**“
- >>> „**Richard von Weizsäcker: Der Weg zur Einheit**“
- >>> „**Sprechstunden im Januar und Februar 2010**“

>>> „Klimagipfel Kopenhagen ist erster entscheidender Schritt“

Es ist ein Erfolg der Politik von Bundeskanzlerin Angela Merkel, dass der Klimaschutz in den letzten Jahren ganz oben auf der internationalen politischen Agenda platziert werden konnte. Der am Wochenende beendete Klimagipfel in Kopenhagen ist ein weiterer Schritt zu einem international verbindlichen Abkommen für eine neue Weltklimaordnung unter Einschluss der USA und China.

Die Ergebnisse waren aus deutscher Sicht weniger als erhofft. Wer Kopenhagen aber nur schlecht redet, beteiligt sich am Geschäft derer, die bremsen statt voranzugehen. Klimaschutz ist für uns gleichermaßen Bewahrung der Schöpfung und Gebot ökologischer Vernunft, denn ohne rechtzeitige und wirksame Begrenzung der Erderwärmung drohen schwerste Belastungen und Schädigungen. Klimaschutz ist für uns aber auch eine große Chance für technologische Innovation und die Sicherung von Wohlstand und Lebensqualität. Und vom Klimaschutz werden global notwendige Investitionen ausgehen und enorme Impulse für qualitativ hochwertiges und nachhaltiges Wachstum ausgehen. Unsere Wirtschaft ist dafür in Position, vielfach als Weltmarktführer. Unsere Vorreiterrolle im Umwelt- und Klimaschutz hat inzwischen viele andere Länder angeregt, ihre eigene Politik zu überdenken und zu ändern. Deutschland hat für den nächsten Schritt beim globalen Klimaschutz eine besondere Verantwortung. Auf Kopenhagen muss aufgebaut werden. Das wird die Bundesregierung auf einer Klima-Konferenz Mitte 2010 in Bonn tun.



Marco Wanderwitz gemeinsam mit Bundeskanzlerin Angela Merkel dieser Tage beim Jahrestreffen der International Young Democrat Union (IYDU) - über 130 Nachwuchspolitiker aus der gesamten Welt diskutierten über gemeinsame politische Aufgaben.

Übrigens: Denken wir doch wieder einmal daran, wie es im Herbst 1989, vor zwanzig Jahren, um unsere Umwelt bestellt war. Auch die ökologische Revolution für die damals nicht wenige auf die Straße gingen ist geglückt.





>>> „Wachstumsbeschleunigungsgesetz auf dem Weg“

Mit dem jüngst verabschiedeten Wachstumsbeschleunigungsgesetz hat der Deutsche Bundestag keine zehn Wochen nach der Wahl ein erstes wichtiges Projekt der Koalition der Mitte auf den Weg gebracht - entschlossen und handlungsfähig.

Mit diesem Gesetz geben wir einen starken Wachstumsimpuls. Sämtliche im Koalitionsvertrag vorgesehenen Maßnahmen für ein steuerliches Sofortprogramm werden damit zum 1. Januar 2010 umgesetzt. Versprochen – gehalten.

Mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz werden die Bürger und Unternehmen um rd. 8,5 Milliarden € p.a. entlastet. Darüber hinaus werden die Bürger zum 1. Januar 2010 mit den bereits beschlossenen Maßnahmen des Konjunkturpaketes II (Anhebung steuerlicher Grundfreibetrag von 7.834 € auf 8.004 €, Rechtsverschiebung der Tarife der Einkommensteuer um 330 €) und des Bürgerentlastungsgesetzes (erweiterte Absetzbarkeit der Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge) um weitere 14 Milliarden € p.a. entlastet.

Die größte Einzelmaßnahme des Wirtschaftsbeschleunigungsgesetzes betrifft Familien mit Kindern. Mit der Anhebung der Kinderfreibeträge von 6.024 € auf 7.008 € und der Erhöhung des Kindergeldes für jedes zu berücksichtigende Kind um 20 € werden Familien mit Kindern um insgesamt 4,6 Milliarden € p.a. entlastet. Wir sehen dies als weiteren Lastenausgleich, der zwingend nötig ist - ohne ausreichend Kinder keine Zukunft! Auch bei der Erbschaftsteuer werden Familien gezielt entlastet. Ab 2010 kommen nun auch in der Steuerklasse II (insbesondere Geschwister, Nichten und Neffen) familiengerechte Steuersätze zur Anwendung. Die Steuersätze werden herabgesetzt und bewegen sich künftig zwischen 15 und 43 Prozent.

Außerdem werden im Gesetz unternehmensfreundliche Regelungen getroffen, die von der Union in der vergangenen Wahlperiode stets gefordert, von unserem damaligen Koalitionspartner aber blockiert wurden. Besonders hervorzuheben sind die spürbare Entschärfung der sogenannten Zinsschrankenregelung, die Abmilderung der krisenverschärfenden Besteuerung von gewinnunabhängigen Elementen bei der Gewerbesteuer und die Rückkehr zu sinnvollen Abschreibungsregeln bei geringwertigen Wirtschaftsgütern. Das Maßnahmenbündel stärkt die Konjunktur und sichert Arbeitsplätze.

>>> „Sonntagsschutz um der Menschen Willen“

Das jüngste Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu den Ladenöffnungszeiten an Sonntagen ist sehr zu begrüßen. Es ist ein Sieg für den Erhalt der Sonn- und Feiertagskultur in Deutschland, was der Union stets ein besonderes Anliegen war.

Konsum und Kommerz dürfen nicht zeit- und lebensbestimmend werden. Der freie Bürger bestimmt sich durch ein Wertebewusstsein, das aus Kultur, Bildung und Glaube erwächst. Der arbeitsfreie Sonntag ist ein Baustein, ein durch die Verfassung geschütztes Zeitfenster, das hierzu beiträgt. Das Grundgesetz schützt den Sonntag aus religiösen wie sozialen Gründen.

Wir haben eine bestehende von unseren Bürgern in großer Mehrheit gewollte Sonntagskultur. Sie ist mit ihren vielen unterschiedlichen Facetten schützenswert. Der arbeitsfreie Sonntag ist eine gewollte Unterbrechung der Arbeitswoche. Viele Bereiche unseres gesellschaftlichen Lebens würden ohne freien Sonntag in Frage gestellt. Ehrenamtliches Engagement beruht zum großen Teil auf der Zeit, die der Sonntag bietet. Sport und Vereinsleben sind in der jetzigen Form ohne den freien Sonntag nicht denkbar. Bildung und Kultur als Quelle für Betätigung, Muße und Freude des Einzelnen sind nur durch einen arbeitsfreien Sonntag zu pflegen.

Vornehmlich ist der Sonntag auch der Tag für Familie und Freundschaften. In unserer schnelllebigen Welt wird es schwieriger, diese zu erhalten. Gemeinsame Kulturerfahrungen mit Familie oder Freunden schaffen den nötigen Abstand zur Arbeit und geben neue Kraft für die nächsten Tage. Der freie Sonntag fördert Familie und Freundschaft, lässt Zeit für Kultur, Bildung, Sport und Ehrenamt. Der Sonntag ist ein christlicher Feiertag und er soll es bleiben.





Wenn beispielsweise Berlin alle vier Adventssonntage dem Einkaufen widmet, bleibt für viele Menschen kaum Zeit für ihre Familie und die Besinnung auf das nicht alltägliche. Gerade die Adventszeit ist aber ein zentraler Bestandteil unserer christlich geprägten europäischen Kultur. Das Karlsruher Urteil hat einen wesentlichen Beitrag zur Bewahrung dieser kulturellen Tradition geleistet und dem klaren Schutzauftrag unserer Verfassung zur Geltung verholfen. Diesen Schutzauftrag hat der rot-rote Senat in Berlin verkannt. Es ist gut, dass das Bundesverfassungsgericht dafür gesorgt hat, dass gewisse religiöse und soziale Mindeststandards in ganz Deutschland gelten.

>>> „Hilfe für unsere Bauern“

Die Aufrechterhaltung einer flächendeckenden Landbewirtschaftung bei gleichwertigen Lebensverhältnissen ist ein zentrales Ziel der Agrarpolitik der neuen Bundesregierung. Die Sicherung regionaler Wertschöpfung und Arbeitsplätze in der Landwirtschaft und den ihr vor- und nachgelagerten Bereichen sind wichtig. Sie ist über die Pflege der Kulturlandschaft in ihrer vielfältigen naturräumlichen Ausstattung die Basis für attraktive ländliche Räume und damit auch für die touristische Entwicklung. Außerdem erhält eine nachhaltige flächendeckende Landbewirtschaftung die Ertragsfähigkeit und die Produktivität der landwirtschaftlich genutzten Flächen. Sie leistet damit auch ihren Anteil bei der Versorgung einer wachsenden Weltbevölkerung mit Nahrungsmitteln und Energie, weil die vorhandenen natürlichen Ressourcen nutzbar gehalten werden.

Für eine flächendeckende Landbewirtschaftung hat die Grünlandmilchviehhaltung eine herausragende Bedeutung. Grünlandflächen, die insbesondere für die Milcherzeugung genutzt werden, speichern erhebliche Mengen Kohlenstoff; ihre Erhaltung ist deshalb auch aktiver Klimaschutz. Darüber hinaus haben Grünlandflächen auch eine wichtige Funktion für die Erhaltung der Artenvielfalt.

Die neue Koalition hat deshalb auf die Krise in der Landwirtschaft mit einem Bündel von Maßnahmen reagiert, die in den kommenden zwei Jahren die landwirtschaftlichen Betriebe deutlich entlasten werden. Zentrales Element dieses Maßnahmenbündels ist das in der Koalitionsvereinbarung vorgesehene Sonderprogramm Landwirtschaft mit Hilfs- und Unterstützungsmaßnahmen in Höhe von insgesamt 750 Millionen €, von denen insbesondere Milcherzeuger profitieren werden.

Die Koalitionsvereinbarung sieht Folgendes vor:

- ein 500 Millionen € umfassendes Grünlandmilchprogramm in dem wir zwei neue Beihilferegulungen für Milcherzeuger einführen - eine Kuhprämie sowie eine Grünlandprämie,
- eine Aufstockung des Bundeszuschusses an die landwirtschaftliche Unfallversicherung um insgesamt 200 Millionen € (Aufgrund einer Umstellung der Risikoklassen werden davon besonders viehhaltende Betriebe profitieren. Durch die Erhöhung des Bundeszuschusses können die Beiträge im Bundesdurchschnitt um rund 45 Prozent gesenkt werden. Diese Entlastung wird sich in den landwirtschaftlichen Betrieben befristet auf die beiden kommenden Jahre in den Beitragsbescheiden der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Form von Gutschriften bemerkbar machen.),



Unsere Landwirtschaft und die ländlichen Räume sind Marco Wanderwitz wichtig. Vor wenigen Tagen besuchte er gemeinsam mit MdL Thomas Schmidt die diesjährige Kreisrassegeflügelschau im Wechselburger Schützenhaus. Der Wechselburger Züchterverein feiert in diesem Jahr sein 85-jähriges Jubiläum.





- ein mit 50 Millionen € ausgestattetes Krisenliquiditätsprogramm (Zinsverbilligung von Liquiditätshilfekrediten der Landwirtschaftlichen Rentenbank und Gewährung von Ausfallbürgschaften).

Neben dem Sonderprogramm sind in dem Gesamtpaket Elemente enthalten, die wir bereits in den vergangenen Monaten auf den Weg gebracht haben: Das Vorziehen der Auszahlung der Betriebsprämie für 2009 auf den 1. Dezember, dauerhafte Entlastung beim Agrardiesel, der EU-Milchfonds und das EU-Milchprogramm.

Teile des Maßnahmenpakets führen bereits jetzt zu einer effektiven Entlastung. Ihre volle Wirkung werden die Maßnahmen in den Jahren 2010 und 2011 entfalten. Entscheidend ist, dass die Betroffenen vorab wissen, mit welcher Unterstützung sie in den nächsten zwei Jahren rechnen können.

Wichtig ist aber auch, dass wir mehrgleisig fahren. Auf der einen Seite bringen wir die vorgestellten kurzfristigen Maßnahmen zur Sicherheit und Unterstützung in der aktuellen Krise auf den Weg. Auf der anderen Seite sind die bereits von der Bundesregierung eingeleiteten Maßnahmen zur Strukturverbesserung auf die mittelfristige Zukunft ausgerichtet. Hierzu zählen insbesondere die zusätzlichen Mittel in der Gemeinschaftsaufgabe (GA) zur Verbesserung der Agrarstruktur und die durch das Bundeslandwirtschaftsministerium vorangetriebene Stärkung der Exportförderung.

Der wichtigste Punkt aber ist, dass hochwertige Lebensmittel in Deutschland wieder einen angemessenen Preis haben müssen - hier ist ein Jeder mit seinen bewußten Kaufentscheidungen gefragt.

>>> „verlässlicher Partner bei den Kosten der Unterkunft“

Der Bund bleibt verlässlicher Partner bei den Kosten der Unterkunft nach dem Sozialgesetzbuch II. Er wird sich 2010 mit 3,7 Milliarden € an den Kosten für Unterbringung und Heizung für Menschen im Bezug des Arbeitslosengeldes II beteiligen. Damit erfüllt der Bund gerade in schwierigen Zeiten seine Verpflichtungen gegenüber den Kommunen.

Basis für die Berechnung des Bundeszuschusses ist die gesetzlich verankerte Anpassungsformel. Bund und Länder haben diese Formel 2006 einmütig definiert und vergangenes Jahr für die Zukunft fortgeschrieben, da diese sich für die Partnerschaft in der Lastenverteilung zwischen Bund, Ländern und kommunaler Ebene bewährt hat.

Der Bundesanteil orientiert sich dabei bewusst an der Zahl der Bedarfsgemeinschaften. Damit trägt der Bund das arbeitsmarktliche Risiko. Demgegenüber sind die anfallenden Kosten der Unterkunft und Heizung der einzelnen Bedarfsgemeinschaften vor Ort von der kommunalen Ebene steuerbar. Die Prüfung, ob und wie angemessen Wohnkosten im Einzelfall sind, ihre Steuerung und Finanzierung, ist Aufgabe der Landkreise und kreisfreien Städte.

>>> „Arbeitnehmerdatenschutz bekommt sicheren Rechtsrahmen“

Im Arbeitsleben werden in den unterschiedlichsten Bereichen Daten gesammelt, die besonders schutzwürdig sind. Internet und Emailverkehr hinterlassen Spuren in den betrieblichen IT-Systemen, die Videoüberwachung von Firmen, Anlagen und Geschäftsräumen ist heute weit verbreitet. Die Flut von Rechtsstreitigkeiten bei Verstößen gegen die Überwachung am Arbeitsplatz zeigt, dass es noch viele Unsicherheiten gibt. Deshalb müssen die Kernfragen des Arbeitnehmerdatenschutzes gesetzlich geregelt werden, damit die Privatsphäre als persönliche Freiheit geschützt bleibt. Die bereits vorhandenen gesetzlichen Grundlagen müssen den aktuellen technischen Möglichkeiten angepasst werden. Besonders wichtig für die tägliche Praxis in den Betrieben ist eine lebensnahe Gesetzgebung. Daher muss an Stelle des mittlerweile unübersehbaren Richterrechts eine klare gesetzliche Regelung treten. Das dient Arbeitnehmern und Arbeitgebern in gleicher Weise. Deshalb wird die Koalition den Arbeitnehmerdatenschutz in einem eigenen Abschnitt des Bundesdatenschutzgesetzes zeitnah regeln.





>>> „EU-Spielzeugrichtlinie muss nachgebessert werden“

Anlässlich der kürzlich geäußerten Kritik des Bundesinstitutes für Risikobewertung an zu hohen Grenzwerten für krebserregende Stoffe in Kinderspielzeugen hat sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion deutlich an die Seite der Verbraucher gestellt. Bei der Sicherheit von Kinderspielzeug darf es keine Kompromisse geben. Umso alarmierender ist die Warnung des Bundesinstitutes, dass nach wie vor zu hohe Grenzwerte für krebserregende Stoffe in Spielzeugen möglich sind und so Kinder mit giftigen Produkten in Kontakt kommen. Die Tatsache, dass Autoreifen teilweise strengeren Richtlinien unterliegen als Gummienten, macht deutlich, dass die im vergangenen Jahr auf europäischer Ebene verabschiedete EU-Spielzeugrichtlinie nachgebessert werden muss.

Zu bedenken ist, dass Kinder auf Chemikalien meist wesentlich empfindlicher reagieren als Erwachsene. Gerade in Spielsachen aus weichem Kunststoff findet sich zu oft ein giftiger „Cocktail“ aus Weichmachern. Hinzu kommt, dass Kleinkinder oft Spielzeug in den Mund nehmen. Vor diesem Hintergrund müssen die Grenzwerte nach Lebensmittelkontaktgesichtspunkten festgelegt werden.

Für den Weihnachtseinkauf sollte beim Einkauf von Spielsachen unbedingt auf bewährte Gütesiegel wie das GS-Zeichen, das für geprüfte Sicherheit steht, geachtet werden. Nur so kann man sicher gehen, dass man keine mit hohen Schadstoffen belasteten oder technisch gefährlichen Spielzeuge in Händen hält. Das GS-Zeichen bietet eine wichtige Orientierungshilfe und sollte auch auf europäischer Ebene als Vorbild für ein freiwilliges Sicherheitszeichen dienen.

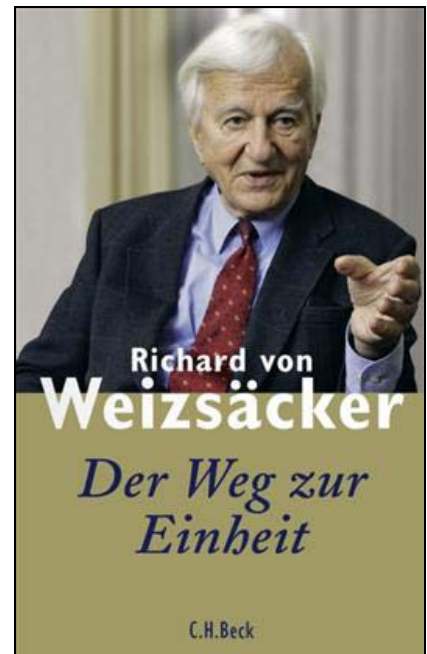
Bundesverbraucherschutzministerin Ilse Aigner hat ein Importverbot für Spielzeug mit giftigen Mitteln angekündigt, falls es nicht gelingt, die Grenzwerte für Spielzeug in der EU zeitnah nach oben zu korrigieren. Ebenso müssen die Kontrollen weiter ausgebaut und die Hersteller stärker in die Haftung genommen werden. Wer giftiges Spielzeug in den Verkehr bringt, begeht kein Kavaliersdelikt, sondern spielt mit der Gesundheit unserer Kinder. Allergieauslösende, krebserregende oder erbgutschädigende Stoffe haben nichts in Produkten zu suchen, mit denen Menschen in Berührung kommen.

>>> „Richard von Weizsäcker: Der Weg zur Einheit“

Richard von Weizsäcker gehört zu den Letzten, die die entscheidenden Stationen der jüngeren deutschen Geschichte aus eigener Anschauung kennen, sie selbst durchlaufen und in verantwortlicher Funktion entscheidend mitgestaltet haben. Als Jugendlicher erlebte er die Machtergreifung Hitlers, als Soldat die Schrecken des II. Weltkriegs, später die deutsche Teilung und als aktiver Politiker den Kalten Krieg, die Integration Deutschlands in das westliche Bündnis und die Europäische Union, als Staatsoberhaupt die Wiedervereinigung.

Im Jahr sechzig der Bundesrepublik Deutschland und im Jahr zwanzig des Falls der Mauer hat der Altbundespräsident seine politischen Memoiren unter dem Titel „Der Weg zur Einheit“ vorgelegt. Bei der Lektüre des Buches wird bewusst, warum der bekennende protestantische Preuße Weizsäcker als Grenzgänger gilt. Ein gleichermaßen nachdenkliches wie kluges Buch gegen die allgemeine Geschichtsvergessenheit, die er in seiner Amtszeit stets auf die politische Agenda hob.

Richard von Weizsäcker: Der Weg zur Einheit
gebundene Ausgabe, 220 Seiten, Verlag C.H. Beck, 2009
ISBN: 978-3406592874, 19,90 Euro





>>> „Sprechstunden im Januar und Februar 2010“

Wahlkreisbüro Erzgebirge E.-Thälmann-Str. 22 09366 Stollberg/Erzg. Tel: 037296/932470	Wahlkreisbüro Chemnitzer Land Weinkellerstr. 33 09337 Hohenstein-Ernstthal Tel: 03723/667450	Wahlkreisbüro Mittelsachsen Obergasse 7 09217 Burgstädt Tel: 03724/668830
Freitag, 08.01.2010 10 bis 12 Uhr Dienstag, 02.02.2010 14 bis 16 Uhr	Freitag, 08.01.2010 16:30 bis 18:30 Uhr Dienstag, 02.02.2010 11 bis 13 Uhr	Donnerstag, 07.01.2010 14.15 bis 16.15 Uhr Mittwoch, 03.02.2010 15 bis 17 Uhr

„gemeinsame Sprechstunden mit MdL Uta Windisch“

Stadtbibliothek Zwönitz Schulstrasse 5 08297 Zwönitz	CAP Oelsnitz Turleyring 15 09376 Oelsnitz/Erzg.
Montag, 01.02.2010 9 bis 11 Uhr	Montag, 01.02.2010 13 bis 15 Uhr

